

Bericht und Antrag der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Zusatzkredit Schlosspark

1. Ausgangslage

Die GRPK hat in ihrer Sitzung vom 23. Mai 2007 beschlossen, dem Antrag des Gemeinderats vom 22. Mai 2007 entsprechend die Vorlage 155 über den Zusatzkredit von Fr. 1.23 Mio. für das Gesamtprojekt Schlosspark einer Prüfung zu unterziehen, um die Fragen zu klären, die anlässlich der Sitzung des Einwohnerrats vom 21. Mai 2007 nicht beantwortet wurden oder nicht beantwortet werden konnten.

Die GRPK hat dazu eine Subkommission, bestehend aus Stephan Zürcher (Vorsitz, SP), Silvia Bräutigam (CVP), Fabian Dietiker (SP), Markus Ziegler (FDP), Gerhard Metz (FDP), Esther Kohl (SVP) und Urs von Bidder (Grüne/EVP) bestellt, die in einer Sitzung vom 1. Juni 2007 das Geschäft 'Zusatzkredit Schlosspark' des Gemeinderats geprüft hat.

Alle Mitglieder des Einwohnerrats wurden vorgängig eingeladen, der Subkommission ihre Fragen zum Projekt vorzulegen.

2. Durchführung der Prüfung

In einem ersten Teil der Sitzung der Subkommission wurden durch die Gemeinderäte Agathe Schuler und Charles Simon und die Mitarbeitenden der Verwaltung, Olivier Kungler (Gemeindevorwalter), Martin Ruf (Leiter Abteilung VSV), Sven Oppliger (Mitarbeiter Rechtsdienst) und Pirkko Zimmermann (Leiterin Abteilung RU) die Fragen der Einwohnerratsmitglieder ausführlich beantwortet und zusätzliche Unklarheiten thematisiert.

Es konnten sämtliche eingegangenen Fragen behandelt und plausibel beantwortet werden. Die Entstehungsgeschichte und Abläufe wurden transparent dargestellt. In die verschiedenen Pläne konnte Einsicht genommen werden. Das Vorgehen des Gemeinderats wurde plausibilisiert und konnte die Subkommissionsmitglieder zufrieden stellen. Der Variantenentscheid des Gemeinderats für die Vorwärtsstrategie, wie er im Geschäft 155 beantragt worden war, wurde nachvollziehbar und verständlich.

Die Vorwürfe und Unterstellungen, die in der Presse publiziert wurden (Zustimmung der Firma Glanzmann zu drei möglichen Einstellhallenvarianten, ungenügende Kommunikation des Gemeinderats mit den Betroffenen, ungenügende Prüfung alternativer Varianten mit anderen Partnern, sowie Verletzung von baurechtlichen Rahmenbedingungen) wurden als Parteidarstellung der Beschwerde führenden Partei gegen das Baugesuch der Einstellhalle erkennbar. Gemeinderat und Verwaltung konnten darstellen, aus welchen Kontexten diese Teilinformationen stammen, wie von Seiten der Gemeinde agiert wurde und welche Schritte zur Problemlösung jeweils unternommen worden waren. Dass keine Einigung erzielt werden konnte, ist zwar bedauerlich, aus der Sicht der Subkommission jedoch nicht durch den Gemeinderat zu vertreten.

Auf die Beantwortung der politischen Fragestellungen zu Führung und Verantwortlichkeiten wurde verzichtet, da die GRPK das laufende Geschäft nicht beurteilt. Die Sachfragen zu den Bereichen der Führung und Verantwortung wurden jedoch erörtert. Aus diesem Vorgehen leitet sich auch die Empfehlung der GRPK zu einer späteren Prüfung ab.

3. Ergebnis

Für den zweiten Teil der Sitzung verabschiedeten sich die Gemeinderäte und die Mitarbeitenden der Verwaltung. Olivier Kungler war bereit, das Protokoll zu führen. In der Diskussion des Gehörten durch die Subkommission wurde die Frage des weiteren Vorgehens erörtert. Es wurde sodann in der weiteren Diskussion geklärt, ob mit der Fragenbeantwortung die vorgängig bestehenden Zweifel an der Vorlage ausgeräumt werden konnten. Die Mitglieder der Subkommission konnten sich einstimmig hinter das Vorgehen und die Variante des Gemeinderats stellen.

4. Weiteres Vorgehen

Die GRPK hat in ihrer Sitzung vom 6. Juni 2007 den Bericht ihrer Subkommission zur Kenntnis genommen und besprochen. Sie schliesst sich der Beurteilung der Subkommission an, hält aber zusätzlich fest, dass der Gemeinderat weiterhin seine gesamte Verantwortung für das Projekt zu wahren hat. Dazu gehört insbesondere auch ein sorgfältiges und vorausschauendes Projektmanagement, damit auf eintretende Probleme schnell und adäquat reagiert werden kann und unnötige Kostenerhöhungen vermieden werden können. Ebenso ist dem Controlling besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die GRPK ist der Ansicht, dass aufgrund der nun geklärten Fragen das Geschäft 155 noch einmal im Einwohnerrat behandelt werden sollte. Sie ist auch der Ansicht, dass der Zusatzkredit zu bewilligen sei.

Die GRPK wird nach Abschluss des Geschäfts Schlosspark eine Subkommission zur Klärung der Fragen zu Führung und Verantwortlichkeiten einsetzen und nimmt dies solange auf ihre Pendenzenliste.

5. Anträge

Auf Grund des Berichts der Subkommission, der im Plenum der GRPK noch einmal erörtert wurde, stellt die GRPK dem Einwohnerrat folgende Anträge:

1. Der Beschluss des Einwohnerrats vom 21. Mai 2007 im Geschäft 155 wird aufgehoben und das Geschäft 155 im Rat noch einmal behandelt.
2. Vom aktuellen Stand des Schlosspark-Projekts wird Kenntnis genommen.
3. Der Zusatzkredit für die prognostizierten Mehraufwendungen in der Höhe von CHF 1.23 Mio. wird bewilligt.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission
der Präsident

Markus Metz

Binningen, 6. Juni 2007